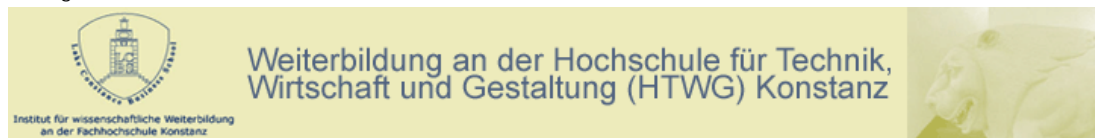


Anzeige



NZZ Online

Montag, 12. Oktober 2009, 10:35:41 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Schweiz

11. Oktober 2009, NZZ am Sonntag

Siebzig Rechtsprofessoren kritisieren Leuthard

Die Ausfuhrpraxis bei Kriegsmaterial völkerrechtlich heikel

Bundesrätin Doris Leuthard
(Bild: Reuters)

Der Bund lege die geltende Verordnung über den Export von Rüstungsgütern juristisch fragwürdig aus, schreiben renommierte Rechtsgelehrte in einem offenen Brief.

Andreas Schmid

Der Umgang der Schweiz mit Kriegsmaterialexporten löst bei prominenten Rechtsprofessoren grosses Unbehagen aus. 70 Experten in Völkerrecht und Strafrecht gelangen in einem offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard, das Staatssekretariat für Wirtschaft – es ist in ihrem Departement für Kriegsmaterialexporte zuständig – sowie die Direktion für Völkerrecht im Aussendepartement Micheline Calmy-Reys.

Die Professoren bemängeln, wie die seit vergangenem Dezember geltende revidierte Kriegsmaterialverordnung gehandhabt wird. Als problematisch erachten die Unterzeichnenden die Auslegung des Artikels, wonach ein Exportverbot für Länder gilt, die «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt» sind.

Anzeige



[?adlink|291|1356100|0|170|AdId=2609212;BnId=5;itime=336560020;]

Würde dies umgesetzt, halten die Rechtsgelehrten fest, dürften etwa weder nach Deutschland noch in die USA Rüstungsgüter geliefert werden, denn diese Nationen seien in Afghanistan und im Irak an Kriegen beteiligt. Im ersten Halbjahr 2009 wurde Kriegsmaterial für 62 Millionen Franken aus der Schweiz nach Deutschland und für 19 Millionen in die USA exportiert.

Die Argumentation von Volkswirtschaftsministerin Leuthard, dass die Ausfuhr in diese Länder nicht unterbunden werde, weil Uno-Resolutionen die Teilnahme an diesen bewaffneten Konflikten stützten, sei völkerrechtlich irrelevant. Nicht weniger fragwürdig seien Exporte in Staaten wie Saudiarabien oder Pakistan, die Menschenrechte verletzen oder in internen Konflikten stünden. Bewilligt wurden diese meist mit der Begründung, dass das Material nicht in bewaffneten Auseinandersetzungen und nur für Missionen mit Uno-Mandaten gebraucht werde.

Im Clinch mit eigenen Vorgaben

Als einer von drei Erstunterzeichnern des Briefs exponiert sich Marco Sassöli, Professor für internationales öffentliches Recht an der Universität Genf. «Ausgerechnet die Schweiz, die sich so für das humanitäre Völkerrecht engagiert, manipuliert beim Export von Kriegsmaterial einen zentralen Begriff des humanitären Völkerrechts.» Wenn kein «bewaffneter Konflikt» vorliege, «ist dieses nämlich gar nicht anwendbar». Die Ausfuhr von Rüstungsgütern sei unter völkerrechtlichem Aspekt nicht ausgeschlossen, doch die Schweiz halte nun ihre eigenen Vorgaben nicht ein. «Entweder muss die Verordnung geändert werden, um die Exporte zu legitimieren, oder der Bund hat seine Praxis so zu ändern, dass sie der rechtlichen Grundlage entspricht.»

Weitere bekannte Rechtsprofessoren, die den Brief unterschrieben haben, sind Marcel Alexander Niggli von der Universität Freiburg, Rainer J. Schweizer von der Universität St. Gallen oder der Zürcher Strafrechtler Martin Killias. Wie die Schweiz die Kriegsmaterialexporte handhabe, sei «äusserst fragwürdig», sagt Killias.

Teil des Abstimmungskampfs

Das Bündnis gegen Kriegsmaterialexporte möchte sich die professorale Unterstützung zunutze machen, um im Vorfeld der Abstimmung für seine Initiative zu werben (siehe Box). Evelyne Schmid, die in Genf in Völkerrecht doktoriert und den Brief initiiert hat, sieht den Sukkurs als Bestätigung für das Anliegen des Bündnisses – dem sie ebenfalls angehört: «Die Diskussionen um die revidierte Kriegsmaterialverordnung zeigen, dass die Schweizer Exportbewilligungspraxis in der Realität viel weniger strikt ist, als das Volkswirtschaftsdepartement und die Industrie glauben machen möchten.»

Einige andere, die den Brief unterzeichnet haben, betonen aber, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Ausfuhr von Rüstungsgütern seien, jedoch die heutige Praxis in Frage stellten. Etwa der emeritierte Freiburger Staatsrechtler Thomas Fleiner: «Die Verordnung stimmt nicht mit dem Gesetz überein, die Umsetzung ist nicht in Ordnung.»

Anders sieht das etwa der Branchenverband Swissemem, der die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie vertritt. Von den Mitgliedern höre er wiederholt Klagen über die rigide Bewilligungspraxis des Bundes, sagt Swissemem-Präsident und FDP-Nationalrat Johann Schneider-Ammann. Der offene Brief sei ein Versuch, die Abstimmung zu beeinflussen. «Andererseits

ist es gut», sagt Schneider-Ammann, «die Diskussion jetzt zu führen.»

Dass mit der neuen Verordnung beispielsweise Exporte in die USA nicht mehr möglich sein würden, befürchtete erst auch Swissmem. Als die Bestimmungen im August 2008 vorgestellt wurden, teilte der Verband in einem Communiqué mit, er lehne die «Verschärfung der Kriterien» ab, denn «nach dem Wortlaut des Gesetzes dürften demnach in die USA keine Rüstungsexporte mehr erfolgen».

Das Departement Leuthards bestätigt den Eingang des Briefs. «Die angeschriebenen Stellen werden die Ausführungen prüfen und allenfalls eine Antwort an die Unterzeichnenden richten», sagt Informationschef Christophe Hans. Er betont aber, dass die Umsetzung der neuen Kriegsmaterialverordnung im Urteil der beteiligten Behörden «zufriedenstellend ist».

Kriegsmaterialexporte: Abstimmung über Verbot

Angeführt von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee hat ein Bündnis gegen Kriegsmaterialexporte 2007 eine Volksinitiative zustande gebracht, die ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial und «besonderen militärischen Gütern» verlangt. Am 29. November wird über die Vorlage abgestimmt. Bundesrat, Parlament und Wirtschaftsverbände lehnen die Initiative ab, sie erachten die bestehenden Exportkontrollen als ausreichend. Mit der Revision der Kriegsmaterialverordnung habe die Schweiz rigorose Bestimmungen geschaffen. Ein Verbot sei unnötig und unverhältnismässig, sagen die Gegner. Sie sehen dadurch 10 000 Arbeitsplätze gefährdet. Unterstützung erhält die Initiative von der Linken, Hilfsorganisationen und aus Kirchenkreisen. (asc.)

-
- ▶ **Leuthard** : Forciert heikle Waffenexporte [http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/leuthard_forciert_heikle_waffenexporte_1.1168934.htm]
Link: http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/leuthard_forciert_heikle_waffenexporte_1.1168934.html
 - ▶ **Umstritten**: Waffenexport nach Saudiarabien [http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/umstrittener_waffenexport_nach_saudiarabien_1.1090287.html]
Link: http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/umstrittener_waffenexport_nach_saudiarabien_1.1090287.html

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/siebzig_rechtsprofessoren_kritisieren_leuthard_1.3844020.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
